

# **Geschäftsordnung der Landes-ASTen-Konferenz Bayern**

**vom 18.11.2012**

*(in der Fassung der Sechzehnten Änderungssatzung vom 19.12.2021)*

## **PRÄAMBEL**

<sup>1</sup>Die Landes-ASTen-Konferenz (LAK) Bayern ist der Zusammenschluss aller bayerischen Studierendenvertretungen. <sup>2</sup>Ziel der LAK ist es, den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Studierendenvertretungen in Bayern zu stärken und einheitlich gegenüber der Öffentlichkeit aufzutreten. <sup>3</sup>Die LAK nimmt Einfluss auf hochschulpolitische Prozesse und Gesetzesvorhaben der Landes- und Bundesebene und vertritt die Studierenden in ihren fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen. <sup>4</sup>Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist eine Vernetzung der Studierendenvertretungen untereinander sowie mit den Zusammenschlüssen der Studierendenvertretungen anderer Bundesländer unabdingbar. <sup>5</sup>Die LAK tritt ein für eine offene und pluralistische Gesellschaft und verwehrt sich gegen jede Art von Hass und Hetze gegen Menschen, insbesondere gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung und die Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihrer sexuellen Neigung oder Identität.

## Inhaltsübersicht:

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN .....	3
§ 1 Anwendungsbereich.....	3
§ 2 Amtsperiode .....	3
§ 3 Mitgliedschaft, Delegierte.....	3
§ 4 Sprecher*innen .....	3
§ 5 Geschäftsführung .....	4
§6 Arbeitsgruppen.....	4
§ 7 Entsendungen .....	5
§ 7a Entsendungen in Sitzungen .....	5
§ 7b Entsendungen in Umlaufverfahren .....	5
II. VERFAHRENSREGELUNGEN.....	6
§ 8 Ladung und Ladungsfristen.....	6
§ 9 Öffentlichkeit.....	6
§ 10 Rede- und Antragsrecht .....	6
§ 11 Sitzungsleitung .....	7
§ 12 Protokoll .....	7
§ 13 Tagesordnung .....	7
III. BESCHLÜSSE UND ANTRÄGE .....	7
§ 14 Beschlussfähigkeit .....	7
§ 15 Zustandekommen von Beschlüssen .....	8
§ 16 Abstimmung von Anträgen.....	8
§ 17 Anträge zur Geschäftsordnung .....	8
§ 18 Inhaltliche Anträge .....	9
§ 19 Änderung der Geschäftsordnung .....	9
§ 20 Kenntnisnahme von inhaltlichen Beschlüssen.....	9
IV. SCHLUSSBESTIMMUNGEN.....	10
§ 21 Inkrafttreten .....	10
§ 22 Fehlende Regelungen .....	10
§ 23 Salvatorische Klausel .....	10
Anlagen.....	11
Anlage 1: Wahlordnung (WO) .....	11
Anlage 2: Abweichungsverordnung (AbwV) .....	16
§ 3 Inkrafttreten .....	16
§ 4 Außerkrafttreten .....	16

## I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

### § 1

#### Anwendungsbereich

Die Geschäftsordnung regelt die Arbeit der Landes-ASten-Konferenz Bayern (im Folgenden: LAK).

### § 2

#### Amtsperiode

Die Amtsperiode der LAK beginnt am 01. Oktober und endet am 30. September des nächsten Kalenderjahres.

### § 3

#### Mitgliedschaft, Delegierte

- (1) <sup>1</sup>Jede Studierendenvertretung einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern ist Mitglied der LAK. <sup>2</sup>Jedes Mitglied hat eine Stimme.
- (2) Die Mitglieder nehmen ihre Mitgliedsrechte durch Delegierte wahr.
- (3) <sup>1</sup>Die Mitglieder bestimmen ihre Delegierten aus der Mitte der Studierendenvertretung. <sup>2</sup>Die Wahl der Delegierten erfolgt durch das zuständige beschlussfassende Organ der Studierendenvertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl.
- (4) <sup>1</sup>Die Delegierten sind den Sprecher\*innen der LAK schriftlich mitzuteilen. <sup>2</sup>Die Mitteilung hat die Vertretungsanschrift, die Namen aller Delegierten sowie die Bestätigung der Wahl nach Abs. 3 zu enthalten.
- (5) <sup>1</sup>Die Amtszeit der Delegierten endet mit der Amtsperiode der LAK. <sup>2</sup>Am Ende einer Amtsperiode fordern die Sprecher\*innen die Mitglieder schriftlich auf, die Delegierten der folgenden Amtsperiode zu benennen.

### § 4

#### Sprecher\*innen

- (1) <sup>1</sup>Die LAK wählt in der ersten ordentlichen Sitzung im Kalenderjahr drei Sprecher\*innen; die Sitzung soll im Januar des Kalenderjahres stattfinden. <sup>2</sup>Die drei Sprecher\*innen sollen nicht alle das gleiche Geschlecht haben; sie sollen nicht alle derselben Hochschulart angehören. <sup>3</sup>Das Nähere zur Wahl der Sprecher\*innen regelt die Wahlordnung (WO) der LAK.
- (2) Die Amtszeit der Sprecher\*innen beginnt am 01. April und endet am 31. März des nächsten Kalenderjahres.
- (3) <sup>1</sup>Die Sprecher\*innen führen nicht die Stimme einer Studierendenvertretung. <sup>2</sup>Das Amt der Sprecher\*innen ist mit dem Amt als Delegierte nach § 3 Abs. 2 unvereinbar.
- (4) Aufgaben der Sprecher\*innen sind:
  - a. die Führung der laufenden Geschäfte, insbesondere durch Vertretung der LAK in der Öffentlichkeit und als Ansprechpartner für Ministerien, Verbände, Parteien und Medien,
  - b. die Ausführung von Beschlüssen,
  - c. die regelmäßige Berichterstattung über die eigene Tätigkeit,

- d. die Vorbereitung, Einberufung, Leitung und Nachbereitung der Sitzungen,
  - e. die Aktualisierung und Instandhaltung der Webpräsenz.
- (5) Die Sprecher\*innen können im Benehmen mit den Mitgliedern unter Beibehaltung ihrer Verantwortung für ihren Aufgabenbereich Dritte mit der Erledigung bestimmter Aufgaben beauftragen.
  - (6) Die Sprecher\*innen haben das Recht, an den Sitzungen aller Gremien mit beratender Stimme teilzunehmen und sich jederzeit über die Arbeit dieser Gremien unterrichten zu lassen.
  - (7) <sup>1</sup>In der letzten Sitzung vor Ende der Amtszeit entscheidet die LAK über die Entlastung der Sprecher\*innen. <sup>2</sup>Wird ein\*e Sprecher\*in nicht entlastet, kann er oder sie zukünftig nicht erneut die Amtsgeschäfte der Sprecher\*innen antreten.

## **§ 5 Geschäftsführung**

- (1) <sup>1</sup>Die Sprecher\*innen können für die Dauer ihrer Amtszeit einen bzw. eine Geschäftsführer\*in bestellen (Geschäftsführung); eine Bestellung vor Beginn der Amtszeit der Sprecher\*innen ist zulässig. <sup>2</sup>Die Mitglieder sind über die Bestellung in Textform (per E-Mail oder Brief) zu informieren.
- (2) <sup>1</sup>Die Amtszeit der Geschäftsführung beginnt sieben Tage nach Bekanntgabe der Bestellung, frühestens jedoch am 01. April, und endet am 31. März des nächsten Kalenderjahres. <sup>2</sup>Wiederbestellung ist zulässig. <sup>3</sup>Die Amtszeit der Geschäftsführung endet vorzeitig durch Rücktritt, Abbestellung oder Tod. <sup>4</sup>In den Fällen nach Satz 3 können die Sprecher\*innen für den Rest der Amtszeit eine Neubestellung durchführen; Abs. 1 gilt entsprechend.
- (3) <sup>1</sup>Jedes Mitglied kann innerhalb von sieben Tagen nach Bekanntgabe der Bestellung unter Angabe von Gründen Einspruch einlegen; der Einspruch erfolgt gegenüber den Sprecher\*innen und unter Kenntnisnahme der Mitglieder in Textform (per E-Mail oder Brief). <sup>2</sup>Wird Einspruch gegen die Bestellung erhoben, ist die Geschäftsführung auf der nächsten ordentlichen Sitzung nach Ablauf der Einspruchsfrist zu bestätigen; bis dahin ist sie abweichend von Abs. 2 Satz 1 nicht im Amt.
- (4) <sup>1</sup>Die Geschäftsführung kann von den Sprecher\*innen abbestellt werden. <sup>2</sup>Die Entscheidung ist gegenüber den Mitgliedern in Textform (per E-Mail oder Brief) zu begründen.
- (5) <sup>1</sup>Die Geschäftsführung führt nicht die Stimme einer Studierendenvertretung. <sup>2</sup>Das Amt der Geschäftsführung ist mit dem Amt als Delegierte nach § 3 Abs. 2 unvereinbar.
- (6) <sup>1</sup>Aufgabe der Geschäftsführung ist die Übernahme von administrativen Tätigkeiten aus dem Aufgabenbereich der Sprecher\*innen. <sup>2</sup>Das Nähere zur Verteilung der Aufgaben regeln die Sprecher\*innen zusammen mit der Geschäftsführung. <sup>3</sup>Die Geschäftsführung tritt in ihrer Tätigkeit nicht öffentlich auf.
- (7) <sup>1</sup>Die Geschäftsführung gilt mit dem Ende ihrer Amtszeit als entlastet, insofern bis zum Ende der Amtszeit kein Mitglied eine formelle Entlastung verlangt. <sup>2</sup>Wird die Geschäftsführung nicht entlastet, kann sie zukünftig nicht erneut die Amtsgeschäfte der Geschäftsführung antreten.

## **§6 Arbeitsgruppen**

- (1) Die LAK beschließt über die Einführung einer Arbeitsgruppe und deren Aufgabengebiet gemeinsam, sowie über die Abschaffung einer Arbeitsgruppe.

- (2) Jede\*r Studierende\*r einer Mitgliedshochschule nach § 3 Abs. 1 kann im Benehmen mit den Delegierten der jeweiligen Mitgliedshochschule in eine Arbeitsgruppe der LAK berufen werden.
- (3) <sup>1</sup>Die Arbeitsgruppen führen Beschlüsse der LAK aus und unterstützen diese bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. <sup>2</sup>Sie sind an die Beschlüsse der LAK gebunden.
- (4) <sup>1</sup>Die Arbeitsgruppen treten in ihrer Tätigkeit nicht öffentlich auf. <sup>2</sup>Das Zusammentreten der Arbeitsgruppe wird bis zur Wahl eines oder einer Koordinationsverantwortlichen aus der Mitte der Arbeitsgruppe von den Sprecher\*innen geleitet. <sup>3</sup>Das Nähere über das Zusammentreten, die Beschlussfassung und die laufende Arbeit regelt die Arbeitsgruppe selbst.
- (5) Die Arbeitsgruppen haben der LAK regelmäßig über ihre Tätigkeit zu berichten.
- (6) <sup>1</sup>Die Amtszeit einer Arbeitsgruppe endet mit der Amtsperiode der LAK. <sup>2</sup>In der letzten Sitzung vor Ende der Amtsperiode der LAK entscheidet die LAK über die Verlängerung der Amtszeit einer Arbeitsgruppe bis zum Ende der nachfolgenden Amtsperiode der LAK.

## **§ 7 Entsendungen**

- (1) Die LAK beschließt über die Entsendung von Personen in Organe und Gremien anderer Organisationen, sowie über die Aufhebung einer Entsendung.
- (2) <sup>1</sup>Die LAK bestellt in der ersten Sitzung in der Amtsperiode für jedes Organ oder Gremium die zu entsendenden Personen. <sup>2</sup>Jede\*r Studierende\*r einer Mitgliedshochschule nach § 3 Abs. 1 kann im Benehmen mit den Delegierten der jeweiligen Mitgliedshochschule für eine Entsendung kandidieren.
- (3) Konnte nur ein Teil der zu entsendenden Personen bestellt werden, so ist eine erneute Bestellung auf jeder Sitzung möglich.
- (4) <sup>1</sup>Die Amtszeit einer entsendeten Person endet mit der Amtsperiode der LAK. <sup>2</sup>Scheidet eine entsendete Person vorzeitig aus dem Amt aus, so ist eine Neubestellung für diese Person auf jeder Sitzung möglich.
- (5) <sup>1</sup>Entsendete Personen gelten mit dem Ende ihrer Amtszeit als entlastet, insofern bis zum Ende der Amtszeit kein Mitglied eine formelle Entlastung verlangt. <sup>2</sup>Werden entsendete Personen nicht entlastet, können sie zukünftig nicht erneut entsendet und für kein Amt der LAK gewählt werden.

## **§ 7a Entsendungen in Sitzungen**

- (1) <sup>1</sup>Bewerbungen für eine Entsendung müssen den Mitgliedern spätestens sieben Tage vor der Entsendung in Textform (per E-Mail oder Brief) zugegangen sein. <sup>2</sup>Bewerbungen sollen begründet werden; Kandidat\*innen sollen sich in ihrer Bewerbung vorstellen.
- (2) <sup>1</sup>Jedes Mitglied hat so viele Stimmen, wie Sitze zu vergeben sind. <sup>2</sup>Es kann Kandidat\*innen jeweils eine Stimme geben; Stimmhäufelung ist ausgeschlossen. <sup>3</sup>Vergibt das Mitglied weniger Stimmen als ihm insgesamt zustehen, verzichtet es auf seine weiteren Stimmen.

## **§ 7b Entsendungen in Umlaufverfahren**

- (1) Muss eine Entsendung aufgrund ihrer Dringlichkeit im Umlaufverfahren nach § 15 Abs. 2 durchgeführt werden, so wird diese als Instant-Runoff-Verfahren abgestimmt.

- (2) <sup>1</sup>Bewerbungen für eine Entsendung müssen den Mitgliedern spätestens vier Tage vor dem Beginn des Umlaufverfahrens in Textform (per E-Mail oder Brief) zugegangen sein. <sup>2</sup>Bewerbungen sollen begründet werden; Kandidierende sollen sich in ihrer Bewerbung vorstellen.
- (3) <sup>1</sup>Die kandidierenden Personen werden von jedem Mitglied in eine Rangreihenfolge gebracht; es müssen nicht alle Rangplätze besetzt werden. <sup>2</sup>Die Stimme eines Mitglieds wird durch seine Präferenz ausgedrückt. <sup>3</sup>Die Person mit den wenigsten Erstpräferenzen wird gestrichen. <sup>4</sup>Die Folgepräferenz der Mitglieder wird entsprechend als neue Erstpräferenz gesehen. <sup>5</sup>Sätze 3 und 4 werden so lange wiederholt, bis eine Person mehr als die absolute Mehrheit der Erstpräferenzen erhält. <sup>6</sup>Ist wegen Präferenzgleichheit unklar, welche Person nach Satz 3 in der Rangreihenfolge zu streichen ist, so entscheidet das von den Sprecher\*innen zu ziehende Los.
- (4) <sup>1</sup>Bei Wahlen mit mehreren zu vergebenden Sitzen wird zunächst die Person entsendet, die nach Abs. 3 Satz 5 übrigbleibt. <sup>2</sup>Im Folgeschritt wird das Verfahren ohne die Präferenzen der zuvor entsendeten Person erneut durchgeführt. <sup>3</sup>Das Verfahren wird so lange wiederholt, bis alle Sitze vergeben sind oder eine Person nicht mehr die absolute Mehrheit der Erstpräferenzen auf sich vereinen kann.

## **II. VERFAHRENSREGELUNGEN**

### **§ 8**

#### **Ladung und Ladungsfristen**

- (1) <sup>1</sup>Die LAK ist in der Regel monatlich, mindestens jedoch zweimal im Semester von den Sprecher\*innen einzuberufen. <sup>2</sup>Die Ladung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass die Mitglieder 14 Tage vor Sitzungsbeginn im Besitz der Ladung sein können.
- (2) <sup>1</sup>Außerordentlich ist die LAK auf Verlangen von mindestens sieben Mitgliedern binnen 14 Tagen von den Sprecher\*innen einzuberufen. <sup>2</sup>Die Ladung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass die Mitglieder sieben Tage vor Sitzungsbeginn im Besitz der Ladung sein können.
- (3) Die Ladung hat Sitzungsort, Sitzungszeitpunkt und einen Vorschlag für die Tagesordnung zu beinhalten.

### **§ 9**

#### **Öffentlichkeit**

Die Sitzungen der LAK sind grundsätzlich öffentlich.

### **§ 10**

#### **Rede- und Antragsrecht**

- (1) Das Rede- und Antragsrecht haben die Mitglieder und die Sprecher\*innen.
- (2) Die Sitzungsleitung kann außerdem Gäst\*innen auf die Redeliste setzen.
- (3) Die Redeliste wird in der Reihenfolge der Wortmeldungen geführt; Erstredner\*innen werden auf der Redeliste vorgezogen.
- (4) Die Sitzungsleitung kann eine weitere Person damit beauftragen, die Redeliste zu führen.

## **§ 11 Sitzungsleitung**

- (1) <sup>1</sup>Die Sitzung wird in der Regel durch die Sprecher\*innen geleitet. <sup>2</sup>Für einzelne Tagesordnungspunkte kann nach § 17 eine abweichende Sitzungsleitung bestimmt werden.
- (2) <sup>1</sup>Der Sitzungsleitung obliegt:
- a. die Erteilung und der Entzug des Rederechts,
  - b. der Vorschlag zum Ausschluss von Gästen für die Dauer der laufenden Sitzung, die nach einer einmaligen Ermahnung den Sitzungsablauf in derartiger Weise stören, dass ein ordnungsgemäßer Sitzungsablauf nicht mehr möglich ist,
  - c. der Vorschlag zum Ausschluss von Teilnehmer\*innen für die Dauer der laufenden Sitzung, die nach einer zweiten Ermahnung den Sitzungsablauf in derartiger Weise stören, dass ein ordnungsgemäßer Sitzungsablauf nicht mehr möglich ist,
  - d. der Vorschlag zum Ausschluss von Teilnehmer\*innen für die Dauer der laufenden Sitzung, die in ihren Redebeiträgen gegen die Grundsätze in der Präambel, Satz 5, verstoßen, nach einmaliger Ermahnung.

<sup>2</sup>Die unter Satz 1 Buchstaben b, c und d genannten Vorschläge der Sitzungsleitung müssen mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder angenommen werden.

## **§ 12 Protokoll**

- (1) <sup>1</sup>Ein Protokoll der Sitzung ist anzufertigen. <sup>2</sup>Die Sprecher\*innen sind für das Protokoll verantwortlich.
- (2) Das Protokoll hat die Tagesordnung, die anwesenden Mitglieder, sämtliche Anträge im Wortlaut sowie die Abstimmungsergebnisse bei allen Anträgen zu beinhalten.
- (3) Das Sitzungsprotokoll muss den Mitgliedern spätestens 14 Tage nach Sitzungsende zugehen.
- (4) Über die Genehmigung des Protokolls ist auf der nachfolgenden Sitzung zu entscheiden.

## **§ 13 Tagesordnung**

Zu Beginn der Sitzung ist die Tagesordnung zu beschließen.

### **III. BESCHLÜSSE UND ANTRÄGE**

## **§ 14 Beschlussfähigkeit**

<sup>1</sup>Die LAK ist beschlussfähig, wenn die Ladung ordnungsgemäß erfolgte und mindestens sieben Mitglieder anwesend sind. <sup>2</sup>Die Beschlussfähigkeit ist zu Beginn der Sitzung festzustellen.

## **§ 15**

### **Zustandekommen von Beschlüssen**

- (1) <sup>1</sup>Die LAK beschließt mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen; Stimmenthaltungen gelten als abgegebene Stimmen, soweit in Bestimmungen dieser Geschäftsordnung nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. <sup>2</sup>Sind die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen Enthaltungen, so gilt die Abstimmung als ergebnislos.
  
- (2) <sup>1</sup>Beschlüsse im Umlaufverfahren sind nur ausnahmsweise und unter der Voraussetzung zulässig, dass eine Angelegenheit aufgrund Dringlichkeit keinen Aufschub duldet; § 14 gilt sinngemäß. <sup>2</sup>Die Dauer eines Umlaufverfahrens beträgt zwischen drei und sieben Tagen, wobei die in Anbetracht der Situation längstmöglich zu vertretende Dauer zu wählen ist. <sup>3</sup>Über die Dringlichkeit einer Angelegenheit sowie die Dauer des Verfahrens entscheiden die Sprecher\*innen. <sup>4</sup>Das Ergebnis eines Umlaufverfahrens geben die Sprecher\*innen in Textform (per E-Mail oder Brief) bekannt. <sup>5</sup>Delegierte können bei den Sprecher\*innen formlos Einsicht in das Abstimmungsverhalten ihrer Delegation nehmen.

## **§ 16**

### **Abstimmung von Anträgen**

- (1) <sup>1</sup>Die Abstimmung eines Antrags oder mehrerer Anträge erfolgt unmittelbar nach Ende der Beratung zu diesem Gegenstand. <sup>2</sup>Die Beratung ist abgeschlossen, wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen oder das Ende der Beratung nach § 17 festgestellt wurde. <sup>3</sup>Vor Eröffnung der Abstimmung ist der genaue Wortlaut der zur Abstimmung stehenden Anträge zu verlesen. <sup>4</sup>Auf Verlangen eines Mitglieds kann die Verlesung unterbleiben, wenn kein Mitglied widerspricht.
  
- (2) <sup>1</sup>Änderungsanträge ändern den Wortlaut eines Antrags, nicht aber sein Wesen. <sup>2</sup>Sie können bis zur Eröffnung der Abstimmung des eigentlichen Antrags (Hauptantrag) eingebracht werden und sind vorrangig zu behandeln. <sup>3</sup>Stimmt die LAK den Änderungsanträgen zu oder werden sie von dem bzw. der Hauptantragsteller\*in übernommen, wird der Hauptantrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.
  
- (3) <sup>1</sup>Über Anträge, deren Annahme jeweils die Ablehnung anderer Anträge vorwegnimmt (konkurrierende Anträge), ist durch alternative Abstimmung zu beschließen. <sup>2</sup>Der Antrag, welcher in der alternativen Abstimmung die meisten Stimmen erhält, ist anschließend einzeln zur Abstimmung zu stellen. <sup>3</sup>Stimmen mehr Mitglieder gegen den Antrag als dafür, so ist anschließend der Antrag mit den nächstmeisten Stimmen einzeln abzustimmen.

## **§ 17**

### **Anträge zur Geschäftsordnung**

- (1) <sup>1</sup>Anträge zur Geschäftsordnung sind Anträge zum Sitzungsablauf. <sup>2</sup>Geschäftsordnungsanträge können zu jedem Zeitpunkt eingebracht werden, außer während Redebeiträgen oder im Laufe der Stimmabgabe bei Wahlen oder Abstimmungen, und sind sofort zu behandeln.
  
- (2) <sup>1</sup>Bei Anträgen zur Geschäftsordnung ist jeweils eine Fürrede und eine Gegenrede möglich. <sup>2</sup>Gibt es keine Gegenrede, so ist der Antrag angenommen.
  
- (3) Bei Anträgen zur Geschäftsordnung gelten Enthaltungen als nicht abgegebene Stimmen.
  
- (4) Anträge zur Geschäftsordnung sind ausschließlich:
  - a. Änderung der Tagesordnung
  - b. Vertagung eines Tagesordnungspunktes oder Antrages



- c. Nichtbehandlung eines Tagesordnungspunktes oder Antrages
- d. Unterbrechung der Sitzung
- e. Ausschluss der Öffentlichkeit. Der Ausschluss ist auf einen oder mehrere Tagesordnungspunkte zu befristen. Mit Antragstellung gilt der Antrag als angenommen.
- f. Zulassung einzelner Personen zur geschlossenen Sitzung
- g. Redezeitbegrenzung
- h. Schluss der Redeliste
- i. Sofortige Abstimmung
- j. Verbundene Abstimmung mehrerer Anträge (en bloc). Miteinander konkurrierende Anträge können nicht verbunden abgestimmt werden.
- k. Geheime Abstimmung. Mit Antragstellung gilt der Antrag als angenommen.
- l. Namentliche Abstimmung. Buchstabe j gilt vorrangig.
- m. Erneute Feststellung der Beschlussfähigkeit. Mit Antragstellung gilt der Antrag als angenommen.
- n. Anfechten einer Entscheidung der Sitzungsleitung
- o. Neubesetzung der Sitzungsleitung für einen Tagesordnungspunkt
- p. Einführung einer weich quotierten Redeliste.

### **§ 18 Inhaltliche Anträge**

- (1) Inhaltliche Anträge müssen den Mitgliedern sieben Tage vor Sitzungsbeginn in Textform (per E-Mail oder Brief) zugegangen sein.
- (2) <sup>1</sup>Inhaltliche Anträge, die nach der in Abs. 1 genannten Frist und bis zum letzten Tag vor Sitzungsbeginn eingereicht wurden, sind Initiativanträge. <sup>2</sup>Die Annahme von Initiativanträgen erfordert eine Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder, wobei mindestens 14 Mitglieder anwesend sein müssen.
- (3) Inhaltliche Anträge sollen durch den bzw. der Antragsteller\*in begründet werden.

### **§ 19 Änderung der Geschäftsordnung**

- (1) Anträge zur Änderung dieser Geschäftsordnung müssen den Mitgliedern 14 Tage vor Sitzungsbeginn in Textform (per E-Mail oder Brief) zugegangen sein.
- (2) Die Änderung dieser Geschäftsordnung erfordert eine Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder, wobei mindestens 14 Mitglieder anwesend sein müssen.

### **§ 20 Kenntnisnahme von inhaltlichen Beschlüssen**

<sup>1</sup>Alle inhaltlichen Beschlüsse sollen auf der ersten Sitzung im Oktober des Kalenderjahres sowie auf Verlangen von mindestens sieben Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werden. <sup>2</sup>Auf Verlangen eines Mitglieds erfolgt eine Aussprache zu einem Beschluss.

#### **IV. SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

##### **§ 21 Inkrafttreten**

Diese Geschäftsordnung tritt mit ihrer Beschlussfassung am 18.11.2012 in Kraft.

##### **§ 22 Fehlende Regelungen**

Soweit diese Geschäftsordnung für auftretende Fragen keine Regelungen enthält, kann die LAK sich für die Dauer der laufenden Sitzung eigene Regelungen geben.

##### **§ 23 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Regelungen dieser Geschäftsordnung ungültig sein, so beeinflusst dies nicht die Gültigkeit der Geschäftsordnung insgesamt.

# Anlagen

## Anlage 1: Wahlordnung (WO)

### § 1 Geltungsbereich

Die nachfolgenden Bestimmungen gelten für alle Wahlen der Landes-ASten-Konferenz Bayern (LAK), soweit die Geschäftsordnung der Landes-ASten-Konferenz Bayern (GO) nichts anderes bestimmt.

### § 2 Wahlrechtsgrundsätze

Die zu wählenden Personen werden nach Maßgabe dieser Wahlordnung in gleicher, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl unmittelbar gewählt.

### § 3 Wahlberechtigung und Wählbarkeit

- (1) Wahlberechtigt sind Delegierte nach § 3 Abs. 3 GO.
- (2) Wählbar sind Studierende einer Mitgliedshochschule nach § 3 Abs. 1 GO.

### § 4 Wahlausschuss

- (1) <sup>1</sup>Dem Wahlausschuss gehören drei Personen an. <sup>2</sup>Sie werden von den Sprecher\*innen für die jeweils nach dieser Wahlordnung durchzuführenden Wahlen bestellt. <sup>3</sup>Kandidierende können nicht Mitglied im Wahlausschuss sein.
- (2) <sup>1</sup>Der Wahlausschuss bestimmt aus seiner Mitte einen bzw. eine Wahlleiter\*in. <sup>2</sup>Die Wahlleitung ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen verantwortlich. <sup>3</sup>Sie führt insbesondere die Sitzungsleitung bei der Befragung der Kandidierenden und der Personaldebatte.
- (3) <sup>1</sup>Der Wahlausschuss nimmt die ihm durch diese Wahlordnung übertragenen Aufgaben wahr. <sup>2</sup>Er überprüft insbesondere die ordnungsgemäße Delegation der Studierendenvertretungen nach § 2 Abs. 2 und 3 GO. <sup>3</sup>Das Nähere zur Durchführung der Wahl regelt der Wahlausschuss selbst.
- (4) Der Wahlausschuss kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Hilfspersonen heranziehen (Wahlhelfer\*innen).
- (5) Der Wahlausschuss und die Wahlhelfer\*innen sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.

## **§ 5**

### **Amtszeit, vorzeitiges Ausscheiden**

- (1) Die Amtszeit richtet sich nach den Bestimmungen in der GO.
- (2) Die Amtszeit endet vorzeitig durch:
  - a. Rücktritt: Der Rücktritt erlangt mit der Kenntnisnahme der Mitglieder Gültigkeit,
  - b. Abwahl: § 6 gilt entsprechend,
  - c. Exmatrikulation, soweit nicht spätestens nach drei Monaten eine erneute Immatrikulation an einer Mitgliedshochschule erfolgt,
  - d. Tod.
- (3) <sup>1</sup>Scheidet eine gewählte Person vorzeitig aus dem Amt aus, so ist eine Neuwahl für diese Person auf jeder Sitzung möglich. <sup>2</sup>Sind alle weiteren Sitze dieses Amtes vakant, so führt die ausscheidende Person nach Satz 1 bis zum Amtsantritt eines bzw. einer Nachfolger\*in ihr Amt kommissarisch fort.

## **§ 6**

### **Abwahl**

- (1) Gewählte Personen können mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder aus wichtigem Grund in einer geheimen Abstimmung abgewählt werden.
- (2) <sup>1</sup>Auf Verlangen von mindestens sieben Mitgliedern berufen die Sprecher\*innen hierzu binnen eines Monats eine Sitzung ein. <sup>2</sup>Die Ladung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass die Mitglieder 14 Tage vor Sitzungsbeginn im Besitz der Ladung sein können.
- (3) Die Abstimmung über die Abwahl erfolgt unmittelbar nach der Aussprache über den entsprechenden Antrag.
- (4) Scheidet eine gewählte Person aufgrund des Abstimmungsergebnisses aus ihrem Amt aus, gilt § 5 Abs. 3 entsprechend.

## **§ 7**

### **Bewerbungen**

- (1) <sup>1</sup>Bewerbungen für eine Wahl müssen den Mitgliedern spätestens sieben Tage vor der Wahl in Textform (per E-Mail oder Brief) zugegangen sein. <sup>2</sup>Bewerbungen sollten begründet werden; Kandidierende sollten sich in ihrer Bewerbung vorstellen.
- (2) Liegt keine fristgerechte Bewerbung nach Abs. 1 vor, so ist eine Wahl dieser Person ausgeschlossen.

## **§ 8**

### **Durchführung der Wahl**

- (1) Die Kandidierenden haben das Recht, sich vorzustellen.
- (2) <sup>1</sup>Die Mitglieder haben das Recht, die Kandidierenden mündlich zu befragen sowie eine Personaldebatte nach § 12 zu beantragen. <sup>2</sup>Mit Antragstellung gilt der Antrag als angenommen.
- (3) <sup>1</sup>Jedes Mitglied hat so viele Stimmen, wie Sitze zu vergeben sind. <sup>2</sup>Es kann Kandidierenden jeweils eine Stimme geben; Stimmhäufelung ist ausgeschlossen. <sup>3</sup>Vergibt das Mitglied weniger Stimmen als ihm insgesamt zustehen, verzichtet es auf seine weiteren Stimmen.
- (4) Nachdem der bzw. die Wahlleiter\*in die Wahlhandlung für abgeschlossen erklärt hat, erfolgt die Auszählung der abgegebenen Stimmen.
- (5) <sup>1</sup>Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn
  - a. aus seiner Kennzeichnung der Wille des bzw. der Wähler\*in nicht oder teilweise nicht zweifelsfrei hervorgeht,
  - b. er außer der Bezeichnung der Gewählten noch Zusätze enthält,
  - c. die dem oder der Wähler\*in zur Verfügung stehende Stimmenzahl überschritten wurde.

<sup>2</sup>In Zweifelsfällen entscheidet der Wahlausschuss über die Gültigkeit.

## **§ 9**

### **Wahlergebnis**

- (1) Gewählt sind die Personen, die in der Anzahl der zu vergebenden Sitze die höchste Stimmenzahl und mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten.
- (2) <sup>1</sup>Ist wegen Stimmgleichheit unklar, wer nach Abs. 1 gewählt ist, so findet nach Aussprache eine Stichwahl zwischen den stimmgleichen Kandidierenden statt. <sup>2</sup>Bei erneuter Stimmgleichheit entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los.
- (3) <sup>1</sup>Wurden im ersten Wahlgang nicht alle Sitze vergeben, so findet nach Aussprache ein zweiter Wahlgang zwischen den im ersten Wahlgang nicht gewählten Kandidierenden statt. <sup>2</sup>Kandidierende haben die Möglichkeit, vor Beginn eines zweiten Wahlganges ihre Bewerbung zurückzuziehen.
- (4) <sup>1</sup>Wurden auch im zweiten Wahlgang nicht alle Sitze vergeben, so bleiben die Sitze vakant. <sup>2</sup>Eine Neuwahl ist frühestens auf der nächsten Sitzung zulässig.
- (5) <sup>1</sup>Der bzw. die Wahlleiter\*in verständigt unverzüglich die Gewählten von ihrer Wahl und fordert sie auf, binnen einer Woche zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. <sup>2</sup>Die Wahl gilt als abgelehnt, wenn sie nicht wirksam angenommen wurde. <sup>3</sup>Wird die Wahl abgelehnt oder gilt sie als abgelehnt, so ist eine Neuwahl auf jeder Sitzung möglich.
- (6) <sup>1</sup>Ist die Wahl bis Sitzungsende nicht vollständig vollzogen, hat der Wahlausschuss die Wahl in dem erforderlichen Umfang für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungswahl anzuordnen; zu der Wiederholungswahl sind nur dieselben Kandidierenden zugelassen wie bei der für ungültig erklärten Wahl. <sup>2</sup>Eine Wiederholung der Wahl ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Beschluss, durchzuführen.

## **§ 10 Wahlprüfung**

- (1) Jedes Mitglied kann nach der Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Wahl innerhalb von sieben Tagen unter Angabe von Gründen anfechten; die Anfechtung erfolgt gegenüber dem bzw. der Wahlleiter\*in und unter Kenntnisnahme der Mitglieder in Textform (per E-Mail oder Brief).
- (2) Die Anfechtung ist begründet, wenn wesentliche Vorschriften über das Wahlrecht, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren verletzt worden sind und diese Verletzung zu einem fehlerhaften Wahlergebnis geführt hat oder hätte führen können.
- (3) <sup>1</sup>Über die Anfechtung entscheidet der Wahlausschuss. <sup>2</sup>Der Beschluss ist zu begründen und den Mitgliedern unverzüglich in Textform (per E-Mail oder Brief) zuzustellen. <sup>3</sup>Ist die Anfechtung begründet, hat der Wahlausschuss entweder das Wahlergebnis bei fehlerhafter Auszählung zu berichtigen oder die Wahl in dem erforderlichen Umfang für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungswahl anzuordnen; zu der Wiederholungswahl sind nur dieselben Kandidierenden zugelassen wie bei der für ungültig erklärten Wahl. <sup>4</sup>Eine Wiederholung der Wahl ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Beschluss, durchzuführen.

## **§ 11 Befragung**

- (1) Auf Verlangen eines Mitglieds kann die Befragung teilweise in Abwesenheit der weiteren Kandidierenden erfolgen.
- (2) Die Befragung kann auf Antrag eines Mitglieds und mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder beendet werden.
- (3) <sup>1</sup>Die Befragung ist beendet, wenn die Redeliste erschöpft ist und keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. <sup>2</sup>Die Befragung soll insgesamt nicht länger als 90 Minuten dauern.

## **§ 12 Personaldebatte**

- (1) <sup>1</sup>Die Personaldebatte findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Ausschluss aller Kandidierenden über alle Kandidierenden gemeinsam statt. <sup>2</sup>Über die Personaldebatte wird kein Protokoll geführt.
- (2) Die Personaldebatte kann auf Antrag eines Mitglieds und mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Mitglieder beendet werden.
- (3) <sup>1</sup>Die Personaldebatte ist beendet, wenn die Redeliste erschöpft ist und keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. <sup>2</sup>Die Personaldebatte soll insgesamt nicht länger als 90 Minuten dauern.

**§ 13**  
**Änderung der Wahlordnung**

Es gilt § 19 GO entsprechend.

**§ 14**  
**Inkrafttreten**

Diese Wahlordnung tritt mit Beschlussfassung auf der Sitzung am 26.10.2014 in Kraft.

## **Anlage 2: Abweichungsverordnung (AbwV)**

### **§ 1 Anlass**

Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl der Sprecher\*innen wird vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie eine zeitlich befristete Abweichungsverordnung (AbwV) eingeführt.

### **§ 2 Abweichung**

Die LAK hebt §4 Satz 1 GO und § 9 Absatz 6 WO auf.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Abweichungsverordnung tritt mit ihrer Beschlussfassung am 19.12.2021 in Kraft.

### **§ 4 Außerkräfttreten**

Diese Abweichungsverordnung tritt mit Ablauf der Amtszeit 2021/22 am 30.09.2022 außer Kraft.